

Japan | 19.02.2015 | Lesezeit 2 Min.

Der Schuldenweltmeister

Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt ist mit 230 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung verschuldet – höher als jedes andere Industrieland. Und seit mehr als 20 Jahren scheitert jeder Versuch, das Problem in den Griff zu bekommen. Auch für den jüngsten Anlauf sieht es nicht gut aus.

Das japanische Schuldendrama begann Anfang der 1990er Jahre, als die Blase auf dem Aktien- und Immobilienmarkt platzte. Damals stand das Land nur mit 65 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Kreide – heute wachsen den Japanern die Schulden buchstäblich über den Kopf:

Jeder einzelne der rund 127 Millionen Japaner ist mit umgerechnet gut 62.000 Euro verschuldet – das ist mehr als doppelt so viel wie in Griechenland oder auch in Deutschland.

Dass Japan derzeit trotzdem nicht befürchten muss, zahlungsunfähig zu werden, liegt an der Struktur seiner Schulden. Anders als Griechenland und viele andere Staaten ist Japan fast vollständig bei seinen eigenen Bürgern verschuldet – und die steigen nicht so leicht aus der Finanzierung ihres Staates aus wie internationale Investoren.

Dennoch hat Japan große Probleme, vor allem die demografische Entwicklung macht dem Land zu schaffen. Schon heute ist ein Viertel der Bevölkerung über 65 Jahre alt; die damit einhergehenden Sozialausgaben verschlingen bereits mehr als 20 Prozent

des BIP. Und weil Japan die weltweit am schnellsten alternde Gesellschaft ist, wird diese Quote noch weiter steigen.

„Abenomics“ – ein nach Premierminister Shinzo Abe benanntes Konzept – soll nun all diese Probleme lösen. Es besteht aus drei Säulen: einer flexiblen Fiskalpolitik, sprich kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen; einer auch weiterhin expansiven Geldpolitik, sprich Geldddrucken; und Reformen, sprich die japanische Gesellschaft, ihr Rechtssystem und der Arbeitsmarkt sollen wirtschaftsfreundlich umgebaut werden.

Ob dieser Plan aufgeht, darf jedoch bezweifelt werden. Denn schon in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die Regierung in Tokio ein staatliches Konjunkturprogramm nach dem anderen aufgelegt, ohne dass der erhoffte Wachstumsschub eingetreten ist.

Seit Anfang der 1990er Jahre ist die japanische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um weniger als 1 Prozent gewachsen.



Treffen die Prognosen der OECD zu, werden die „Abenomics“ an diesem Trend vorerst nichts ändern: Das japanische Wirtschaftswachstum wird auch in den kommenden zwei Jahren unter 1 Prozent liegen, gleichzeitig werden die Staatsschulden bis 2016 um bis zu 7 Prozentpunkte auf dann 237 Prozent des BIP anwachsen (Grafik).

Das japanische Finanzministerium geht deshalb davon aus, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht ohne zusätzliche Einnahmen gelingen kann. Mit anderen Worten: Die Japaner müssen zahlen. Bereits im vergangenen Jahr ist die Mehrwertsteuer von 5 auf 8 Prozent angehoben worden; für Oktober dieses Jahres ist

eine weitere Erhöhung auf 10 Prozent angekündigt.

Doch auch das ist nicht genug. Um die Nachhaltigkeit der japanischen Staatsfinanzen ohne Ausgabenkürzungen zu gewährleisten, müsste die Mehrwertsteuer ab 2017 auf gut 30 Prozent steigen. Und für jedes Jahr, um das diese Erhöhung verschoben wird, müsste sie einen zusätzlichen Prozentpunkt höher ausfallen.

Kernaussagen in Kürze:

- Japan hat ist das Land mit der höchsten Staatsverschuldung
- Pro Kopf gerechnet sind Japans Schulden doppelt so hoch wie in Griechenland
- Dahinter steckt vor allem ein Wachstumsproblem